

Zusätzliche Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ZVB)

1 Allgemeines

1.1 Der Auftraggeber (AG) hat Planer und Fachplaner mit der Bauüberwachung (Bauleitung) beauftragt. Die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers (AN) bleibt hiervon unberührt. Der AN hat sich rechtzeitig mit der Bauleitung über die erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen abzustimmen. Die Bauleitung ist zu Weisungen in technischer Hinsicht befugt, nicht jedoch zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG.

1.2 Der AG setzt für die Baustelle einen Koordinator für Sicherheit und Gesundheitsschutz (SIGEKO) nach § 3 der Baustellenverordnung ein. Erforderliche Anweisungen des SIGEKO werden in Abstimmung mit der Bauleitung erteilt und sind vom AN zu befolgen. Der AN einschließlich etwaiger Nachunternehmer haben die erforderlichen Unterlagen und Informationen rechtzeitig und kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortlichkeit des AN zur Einhaltung von gesetzlichen und behördlichen Vorgaben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes bleibt unberührt. Der AN stellt zu jeder Zeit sicher, dass die von ihm eingesetzten Personen die sicherheits- und gesundheitsschutzrechtlichen Vorgaben beachten. Hierzu gehört, dass keine Sprachbarrieren bestehen.

1.3 Es werden in der Regel einmal wöchentlich (bei Bedarf auch häufiger) Baubesprechungen durchgeführt. Der AG wird nach billigem Ermessen entscheiden, ob der AN zur Teilnahme verpflichtet ist. Der AN hat mit informiertem Personal teilzunehmen und konstruktiv mitzuwirken. Die Besprechungen werden durch die Objektüberwachung protokolliert. Einwendungen gegen das Protokoll sind jeweils binnen 3 Werktagen nach Zugang zu erheben, ansonsten gilt das Protokoll als anerkannt. Erscheint der AN unentschuldigt nicht, kann er keine Einwendungen gegen die im Protokoll getroffenen Feststellungen erheben.

2 Ausführungsleistungen

2.1 Der AN ist zu kooperativer Zusammenarbeit mit dem AG sowie den von ihm beauftragten Projektbeteiligten (z.B. Planer, SiGeKo) sowie mit den sonstigen vom AG beauftragten bauausführenden Unternehmen verpflichtet. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der technischen Abstimmung seiner Leistungen, der Vorbereitung und Durchführung von Abnahmen sowie der Übergabe der Baustelle an etwaige Nachfolgegewerke. Dem AN obliegt insbesondere an allen Schnittstellen zu seinen Leistungen die aktive, rechtzeitige und vorausschauende Koordination und Kooperation.

2.2 Der AN verpflichtet sich, die Baustelle im zur Erreichung der vereinbarten Termine und Qualitäten erforderlichen Umfang zu besetzen.

2.3 Zum Leistungsumfang des AN gehört auch die vorausschauende Organisation, Koordination sowie die Mitwirkung bei allen etwaig erforderlichen Abnahmen seiner Leistungen durch Behörden, VdS, TÜV, Sachverständige usw. sowie etwa erforderliche Übernahmeprüfungen durch nachfolgende bauausführende Unternehmer, die im Auftrag des AG tätig sind. Die Kosten für notwendige Sachverständigenabnahmen trägt der AG; die Kosten für wiederholte Abnahmen trägt der AN, wenn dieser die Wiederholung zu vertreten hat.

2.4 Der AN hat bei der Erbringung seiner Leistungen größtmögliche Rücksicht auf die Bewohner, nachbarschaftliche Belange sowie auf den öffentlichen Verkehr zu nehmen und vermeidbare Lärm-, Schmutz- und Staubbelastungen zu unterlassen. Lärmintensive Arbeiten sind der AG und der Bauleitung rechtzeitig anzuzeigen. Vom AN verursachte Verunreinigungen der Straßen, Gehwege und sonstigen nicht-öffentlichen oder öffentlichen Flächen hat der AN unaufgefordert und in angemessen kurzer Zeit auf eigene Kosten zu beseitigen.

2.5 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, hat der AN die im Vertrag einschließlich der Vertragsbestandteile (insbesondere Leistungsbeschreibung) festgelegten Vorgaben für Materialien, Fabrikate, Lieferungen usw. zu beachten. Vom AN im Angebot eingetragene Fabrikate dürfen nur dann verbaut werden, wenn diese gleichwertig sind. Die Darlegungs- und Beweislast für die Gleichwertigkeit trägt der AN. Bei Leitfabrikaten ist das Leitfabrikat geschuldet, wenn nicht der AN im Angebot ein anderes Fabrikat eingetragen hat und das Fabrikat tatsächlich gleichwertig ist. Sofern auf Plänen Produktvorgaben enthalten sind, ist den Leistungsverzeichnissen zu entnehmen ob es sich dabei lediglich um Beispiele, um Leitfabrikate oder harte Produktvorgaben handelt.

2.6 Die Voraussetzungen des § 4 Abs. 10 VOB/B gelten insbesondere vor dem Schließen von Installationsschächten, technischen Installationen in Trockenbauwänden und Decken sowie Brandschutz- und Schallschutzbauteilen (insb. Brandschotte und -klappen). Dem AG und seiner Bauleitung sind baufachliche und sicherheitsrelevante Prüfungen stets zu einem Zeitpunkt zu ermöglichen, zu dem keine zerstörenden oder beschädigenden Eingriffe in die Bausubstanz erforderlich und die gegenständlichen Bauteile noch frei zugänglich sind. Der AN muss den AG in den Baubesprechungen vorausschauend auf die Schließung von Bauteilen etc. informieren. Verletzt der AN seine vorstehenden Informationspflichten und vereitelt er dadurch eine rechtzeitige Prüfmöglichkeit des AG, trägt der AN die dann erforderlichen Kosten für eine nachträgliche Kontrolle der Bauleistungen, also insbesondere die Kosten von Bauteilöffnungen und das Wiederverschließen entsprechender Teilbereiche. Ein Anspruch auf Verlängerung der Ausführungszeit oder zusätzliche bauzeitbedingte Mehrvergütung steht dem AN in diesem Fall nicht zu.

2.7 Sind im Leistungsverzeichnis für die Wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) vorgesehen, ist der AN verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den AG auszuführen.

2.8 Der AN bestätigt, dass er für die Erbringung sämtlicher Leistungen ausschließlich Bauprodukte verwendet, die von ihrem jeweiligen Hersteller unter Beachtung der gültigen Vorschriften in Verkehr gebracht worden sind und am Leistungsort nach geltendem Recht verbaut werden dürfen.

2.9 Der AN (Auftragnehmer) hat dem AG (Auftraggeber) sämtliche Datenblätter, Produktbeschreibungen und sonstigen Eigenschaftsnachweise über die vom AN bei Ausführung seiner Leistungen verwendeten Bauteile, Bauprodukte und -materialien zu übergeben. Das umfasst insbesondere solche Unterlagen, die der AG benötigt, um gegenüber Behörden den Nachweis führen zu können, dass die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.

2.10 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur Ausführung erforderliche Werkplanung vollständig und prüffähig zu erstellen und der Fachbauleitung spätestens 14 Werktage vor dem geplanten Beginn der Ausführung zur Prüfung und Freigabe vorzulegen. Die Werkplanung ist so rechtzeitig vorzulegen, dass eine angemessene Prüfzeit gewährleistet ist und die Ausführung termingerecht beginnen kann. Die Freigabe durch die Fachbauleitung entlastet den AN nicht von seiner Pflicht zur vertragsgerechten Umsetzung. Insbesondere sind mit der Freigabe keine Verzichtserklärungen hinsichtlich gesetzlicher oder vertraglicher Ansprüche und/oder rechtsgeschäftliche Erklärungen auf Änderung vereinbarter Leistungen verbunden. Die Verantwortung für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistung verbleibt beim AN. Ein Ausführungsbeginn darf erst nach schriftlicher Freigabe der Werkplanung durch die Fachbauleitung erfolgen.

2.11 Soweit in der Leistungsbeschreibung nicht anders festgelegt, hat der AN nach Fertigstellung seiner Leistungen die seine Leistungen betreffenden kompletten Bestands- und Revisionsunterlagen zu erstellen, zusammenzustellen und dem AG auszuhändigen. Alle für den Betrieb und die Sicherheit der erbrachten Leistungen erforderlichen Unterlagen, aber auch Bedienungsunterlagen und -vorschriften für Betrieb, Unterhaltung und Wartung evtl. erbrachter technischen Anlagen und sonstiger, der Wartung unterliegender Anlagen, gehören zu dieser Dokumentation und sind damit Bestandteil der durch die vereinbarte Vergütung abgegoltenen Leistungen. Sämtliche Unterlagen sind dem AG in ihrer finalen Fassung spätestens zur Abnahme auf Datenträger in geordneter und katalogisierter Form mit Inhaltsverzeichnis auszuhändigen. Der AG ist berechtigt, einen angemessenen Anteil der Vergütung einzubehalten, solange der AN diese Pflichten nicht vollständig erfüllt hat. Die Höhe des Einbehalts ergibt sich aus den voraussichtlichen Kosten, die sich ergeben, wenn ein Dritter diese Leistungen übernimmt, zuzüglich des gesetzlichen Druckzuschlags. Können Dritte diese Leistungen nicht sinnvoll übernehmen, ist der AG berechtigt diesen Umstand bei der Bemessung des Einbehalts zulasten des AN angemessen zu berücksichtigen.

3 Termine und Terminpläne

3.1 Der AN ist verpflichtet, innerhalb von 2 Wochen nach Zuschlagserteilung aus seiner Sicht bestehende Optimierungsmöglichkeiten der Terminplanung sowie Details der terminlichen Schnittstellen mitzuteilen, um spätere Störungen des Bauablaufs zu vermeiden.

3.2 Der AG kann vom AN, sofern dies für die Terminplanung notwendig oder hilfreich ist, die Erstellung eines Detailterminplans, z.B. für einzelne Bauabschnitte verlangen. Der AN hat den von ihm zu erstellenden Detailterminplan auf Verlangen fortzuschreiben, insbesondere wenn sich die zeitlichen Prämissen des Detailterminplans oder in ihm abgebildete Vorgänge zeitlich verändert haben oder die Fortschreibung aus anderen Gründen erforderlich ist. Der fortgeschriebene Detailterminplan ist dem AG unaufgefordert vorzulegen und mit diesem abzustimmen. Vereinbarte Vertragstermine bleiben hiervon unberührt.

3.3 Ggf. zu erstellende Terminpläne sind digital im bearbeitbaren xml-Format sowie als pdf an den AG zu übergeben.

3.4 Der AG kann die unentgeltliche Mitwirkung des AN in Form der Zulieferung eigener Angaben und Daten bei der Aufstellung und Fortschreibung der Terminpläne Dritter und der übergeordneten Bauzeitenplanung des Architekten verlangen.

3.5 Legt der AN etwaig geschuldete Terminpläne oder entsprechende zuzuliefernde Angaben zur Aufstellung der Terminpläne Dritter nicht, unzulänglich oder verspätet vor oder kommt es aus sonstigen triftigen Gründen nicht zu einer Zustimmung des AG zu diesen Terminplänen, so ist der AG berechtigt, den entsprechenden Terminplan einseitig verbindlich nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) aufzustellen bzw. fortzuschreiben.

4 Bauzeitverlängerung / Behinderung

Der AG ist zur Abwendung von Störungen des Bauablaufs berechtigt, Anordnungen zum Bauablauf zu treffen, sofern diese für den AN nicht unzumutbar sind. Der AN trägt für die Unzumutbarkeit die Darlegungs- und Beweislast. Anordnungen mit ausreichendem zeitlichem Abstand zu den geplanten Leistungen (i.d.R. vier Wochen vor der vorgesehenen Ausführung gemäß Ablauf- und Bauzeitenplan) führen nicht zu einer Fristverlängerung zugunsten des AN, es sei denn, der AN kann nachweisen, dass ihm eine entsprechende Umdisposition nicht möglich ist. Für unvermeidbare Mehrkosten gilt Ziffer 8 dieser ZVB.

5 Bautagesberichte und Projektkommunikation

Der AN erstellt arbeitstäglich Bautagesberichte und übergibt diese wöchentlich digital an die Bauleitung und die AG. Die Bautagesberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung von Bedeutung sein können. Dies umfasst mindestens folgende Angaben: Art, Beginn und Ende der jeweiligen Tätigkeit; Anzahl der konkret tätigen Beschäftigten; Anwesenheit sonstiger Personen (Besuche etc.); Maschineneinsatz; Einsatz von Baustoffen; Witterungsverhältnisse; besondere Vorkommnisse, insbesondere Unterbrechungen mit Angabe der Gründe und alternativer Einsatzmöglichkeiten.

Bei der schriftlichen Kommunikation der Projektbeteiligten (insb. zwischen dem AN, den Planern und den beteiligten Gewerken) ist der AG immer ins CC zu setzen.

Um seinen förderrechtlichen oder sonstigen Verpflichtungen nachzukommen, kann der AG vom AN die Verwendung vorgegebener Formblätter (z.B. die städtische Vorlage des Bautagebuches, o.ä.) verlangen.

6 Vergütung

Sofern in Schriftform Stundenlohnarbeiten vereinbart werden, ist der AN verpflichtet, Stundenlohnzettel spätestens am Arbeitstag nach dem Tag der Durchführung der entsprechenden Arbeiten dem von dem AG Bevollmächtigten zur Anerkennung und Unterschrift in Papierform oder digital per Mail vorzulegen. Die von dem AN anzufertigenden Stundenlohnzettel über derart vereinbarte Stundenlohnarbeiten müssen Angaben über die Art der ausgeführten Leistung, Ort, Datum sowie Dauer (mit Uhrzeitangabe), Anzahl und namentliche Benennung der eingesetzten Arbeitskräfte sowie über das verwendete Material enthalten. Verspätet vorgelegte oder unvollständig bzw. nicht prüfbar ausgefüllte Stundenlohnzettel oder solche in nicht lesbarer Qualität werden vom AG nicht anerkannt. Die AG kann vom AN zusätzlich verlangen, das Original spätestens binnen einer Frist von einer Woche in Papierform zu übergeben. Auch hinsichtlich anerkannter Stundenlohnzettel bleibt dem AG der Nachweis vorbehalten, dass die entsprechenden Arbeiten Gegenstand des Hauptvertrages waren und deshalb nicht gesondert nach Stundensatz zu vergüten sind.

7 Leistungsänderungen / Anordnungsrecht

7.1 Begehrt der AG gegenüber dem AN eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der AN verpflichtet, dem AG unverzüglich, im Regelfall binnen fünf Werktagen, ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Aus dem Angebot des AN müssen sich Art und Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistungen sowie die geänderte oder zusätzliche Vergütung, die nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen zu ermitteln ist, ergeben.

7.2 Soweit der AG nach diesem Vertrag die Verantwortung für die Planung oder Leistungsbeschreibung trägt und diese Vorleistungen für das Angebot erforderlich sind, ist der AN nur dann zur Erstellung eines Angebots über die Mehr- oder Mindervergütung verpflichtet, soweit der AG die für die Änderung erforderlichen Vorleistungen vorgenommen und dem AN zur Verfügung gestellt hat. Der AN hat den AG unverzüglich nach Zugang des Änderungsbegehrens auf die notwendigen Vorleistungen in Textform hinzuweisen.

7.3 Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.

7.4 Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 30 Kalendertagen, nach Zugang des Änderungsbegehrens beim AN keine Einigung, kann der AG die Änderung in Textform anordnen. Der AN ist verpflichtet, der Anordnung nachzukommen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.

7.5 Dem AG steht ein sofortiges Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit (a.) der AN unverzüglich, im Regelfall binnen fünf Werktagen, nach Zugang des Änderungsbegehrens weder ein Angebot vorlegt noch berechtigt einen Hinweis nach Ziff. 7.2 Satz 2 dieser ZVB erteilt hat, (b.) nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach Ziff. 7.3 dieser ZVB gescheitert ist, (c.) bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem AN zumutbar ist, (d.) ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, (e.) Gefahr im Verzug gegeben ist oder (f.) ohne eine sofortige Anordnung dem AG erhebliche finanzielle Schäden drohen.

7.6 Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit der Änderung geltend, trifft ihn dafür die Beweislast.

8 Vergütungsanpassung infolge der Leistungsänderung

8.1 Der infolge einer vereinbarten Änderung oder einer Anordnung des AG vermehrte oder verminderte Aufwand ändert die zwischen den Parteien vereinbarte Vergütung entsprechend.

8.2 Die geänderte Vergütung richtet sich nach den tatsächlich erforderlichen Kosten mit angemessenen Zuschlägen für allgemeine Geschäftskosten sowie Wagnis und Gewinn. Zum Nachweis der Angemessenheit der Zuschläge ist ein Verweis auf die Urkalkulation nicht ausreichend. Eine Hinterlegung der Urkalkulation findet nicht statt. Bei der Ermittlung des veränderten Aufwandes nach den tatsächlich erforderlichen Kosten ist die Differenz zwi-

schen den hypothetischen Kosten, die ohne die Anordnung des AG entstanden wären, und den Ist-Kosten, die aufgrund der Anordnung tatsächlich und unvermeidbar entstanden sind, zu bilden. Diese Differenz ist die Grundlage für die Vergütung für den geänderten Aufwand. Der AN hat die hypothetischen und die Ist-Kosten prüffähig durch geeignete Belege nachzuweisen. Insbesondere sind im Regelfall vorzulegen:

- ein Aufmaß,
- sofern Arbeitsstunden abgerechnet werden sollen: eine Aufstellung der eigenen Mitarbeiter, der Mitarbeiter der Nachunternehmer (NU), Lieferanten, die an der Ausführung der Leistungen beteiligt waren, alle Beauftragungen der NU, Lieferanten etc.,
- alle Rechnungen, Lieferscheine, Stundennachweise, Wiegescheine etc.,
- bei Baustellengemeinkosten und Geräten, Gerüsten etc.: den Nachweis, in welchem Umfang diese Gegenstände zusätzlich eingesetzt wurden und welche Kosten hieraus dem AN zusätzlich entstanden sind,
- alle Zahlungsnachweise,
- einen Nachweis der wirtschaftlichen Erforderlichkeit im Sinne der Ortsüblichkeit und Angemessenheit, einen Nachweis der technischen Erforderlichkeit.

Zum Nachweis der hypothetischen Kosten für die ursprüngliche Leistung hat der AN darzulegen:

- die Einzelkosten der Teilleistung, aufgegliedert nach Leistungsansätzen, Gerätekosten, Materialkosten, anteiligen Baustellengemeinkosten,
- die kalkulierten Deckungsanteile für Allgemeine Geschäftskosten sowie für Wagnis und Gewinn.

8.3 Legt der AN dem AG rechtzeitig (vgl. Ziff. 7.1 dieser ZVB) ein prüffähiges Nachtragsangebot vor und bestätigt der AG den Nachtrag zumindest dem Grunde nach unter gleichzeitigem Hinweis, welche Nachweise der Höhe nach vorgelegt werden müssen bzw. in welcher Höhe der AG den Nachtrag der Höhe nach für berechtigt hält, so ist der AN nicht zur Leistungsverweigerung berechtigt. Ebenfalls nicht zur Leistungsverweigerung berechtigt ist der AN, wenn es aus Gründen, die vom AN zu vertreten sind (z.B. fehlende oder verspätete Vorlage eines prüffähigen Nachtragsangebotes oder Vorlage eines überhöhten Nachtragsangebotes usw.), nicht rechtzeitig vor der Ausführung zu einer schriftlichen Preisvereinbarung der Parteien gekommen ist. Das Gleiche gilt, wenn sich die Nachtragsforderung des AN bei der Prüfung schon dem Grunde nach als unberechtigt herausstellt oder wenn aus sonstigen Gründen eine Leistungsverweigerung durch den AN unverhältnismäßig wäre. Im Fall eines solchen „streitigen Nachtrags“ bleibt es dem AN allerdings vorbehalten, trotz fehlender schriftlicher Preisvereinbarung die Nachtragsforderung auch im Nachhinein geltend zu machen.

8.4 Nachtragsangebote sowie Mehrvergütungsanzeigen sind jeweils fortlaufend zu nummerieren und unmittelbar an den AG zu versenden.

9 Zahlungen / Rechnungen

9.1 Die Rechnungslegung erfolgt ausschließlich digital. Alle Rechnungen sind an die E-Mailadresse der Bauleitung und der AG zu richten.

Die jeweiligen E-Mailadressen lauten wie folgt:

Bauleitung:

für die Objektplanung:

Anastasiou & Dr. Krause
info@krause-anastasiou.de

für die TGA (Sanitär, Heizung, Lüftung):

Stephan Cvecko
sc@sc-tga.de

für die TGA (Elektro, EDV, Medien, PV):

Detlef Bonke
db@sc-tga.de

Auftraggeber:

Stiftung Ros
led@stiftungros.org

Verstößt der AN bei einer Rechnungslegung gegen vorstehende Vorgaben, gilt seine Rechnung als nicht zugegangen. Der AG kann jederzeit abweichende oder weitere Rechnungsadressen benennen.

9.2 Vor jeder Rechnungslegung ist durch den AN ein Aufmaß zu erstellen, welches durch die Objektüberwachung geprüft wird. Ggf. erfolgt eine gemeinsame Feststellung. Bestandteil der jeweiligen Rechnung soll nur das geprüfte Aufmaß sein.

9.3 Der AN hat im Hinblick auf das Gesetz zur Eindämmung illegaler Beschäftigung im Baugewerbe (Bauabzugssteuer) eine gültige Freistellungserklärung gemäß § 48b Einkommensteuergesetz (EStG) im Original oder als beglaubigte Kopie vorzulegen und eine aktuelle Fassung dieser Freistellungserklärung jeder Abschlags- oder Schlussrechnung beizufügen. Liegt eine gültige und aktualisierte Freistellungserklärung gemäß § 48b EStG bei Fälligkeit von Forderungen aus Abschlagsrechnungen oder der Schlussrechnung nicht vor, hat der AG 15 % der jeweils fälligen Zahlung gemäß §§ 48 ff. EStG als Steuerabzug vorzunehmen. Diesen Steuerabzug muss der AN als auf den Werklohn geleistet gegen sich gelten lassen.

9.4 Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; sie sind durchlaufend zu nummerieren und kumulierend aufeinander aufzubauen. Sie sind nach den Einzelpositionen in der Reihenfolge und entsprechend den Titeln des Leistungsverzeichnisses aufzuschlüsseln. Eine aktuelle Freistellungserklärung gemäß § 48b EStG ist beizufügen. Ist ein Zahlungsplan vereinbart, so ist der Rechnungsbetrag in der Rechnung entsprechend den Vorgaben des Zahlungsplans prüfbar darzustellen. Die Umsatzsteuer ist auszuweisen, soweit nicht der AG nach § 13b UStG Steuerschuldner ist.

9.5 Werden Fehler in der Abrechnung der Vergütung festgestellt, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das Gleiche gilt, wenn sich Änderungen der für die Berechnung der Vergütung maßgebenden Summen ergeben. Der AN ist verpflichtet, die sich aus einer Überzahlung ergebenden Beträge zu erstatten. Der AN kann sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

10 Sicherheiten

10.1 Als Sicherheit für die rechtzeitige Herstellung des Werks ohne wesentliche Mängel einschließlich etwaiger Nachtragsleistungen (geänderte und zusätzliche Leistungen) leistet der AN dem AG eine Vertragserfüllungssicherheit in Höhe von fünf Prozent der Nettoauftragssumme, wenn diese EUR 1 Mio. netto übersteigt. Die Vertragserfüllungssicherheit sichert bis zum Zeitpunkt der Abnahme auch die Erstattung von Überzahlungen einschl. Zinsen. Die Vertragserfüllungssicherheit umfasst auch Ansprüche bei Nichtzahlung des Mindestentgelts und der Beiträge zur Urlaubskasse (§ 14 AEntG) und der Nichtzahlung der Sozialversicherungsbeiträge (§§ 28 e Abs. 3 a bis f SGB IV). Der AG gibt dem AN die Vertragserfüllungssicherheit bei der Abnahme zurück.

10.2 Das Recht des AN, eine Sicherheit durch eine andere zu ersetzen, bleibt unberührt (§ 17 Abs. 3 VOB/B). Stellt der AN die Sicherheit durch Bürgschaft, gilt Ziff. 10.4. Im Übrigen gilt § 17 VOB/B.

10.3 Der Bürge muss ein in der Europäischen Union zugelassenes Kreditinstitut oder Kreditversicherer sein. Die Bürgschaftserklärung muss unbefristet, schriftlich und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage abgegeben werden. Das Recht zur Hinterlegung muss ausgeschlossen sein. Ferner muss der Bürge erklären, dass ausschließlicher Gerichtsstand der Sitz des AG ist.

11 Abnahme

11.1 Die Leistungen des AN bedürfen einer gemeinsamen förmlichen Abnahme nach vollständiger, funktionsfähiger und im Wesentlichen mangelfreier Fertigstellung aller beauftragten Leistungen. Die Abnahme wird weder durch eine frühere Benutzung, Inbetriebnahme oder behördliche Abnahme des Bauvorhabens noch durch die Mitteilung des AN über die Fertigstellung der Vertragsleistung ersetzt. Eine stillschweigende Abnahme sowie die Abnahmefiktionen nach § 12 Abs. 5 VOB/B sind ausgeschlossen.

11.2 Der AN hat die Abnahme rechtzeitig, spätestens aber vier Wochen vor der geplanten Abnahme beim AG schriftlich zu beantragen. Er hat sich bei den erforderlichen Abnahmebegehungen fach- und sachkundig vertreten zu lassen.

11.3 Rechtzeitig, spätestens aber zwei Wochen vor der Abnahme, wird der AN dem AG alle Prüfatteste, Abnahmebescheinigungen usw. von staatlichen oder hierfür bestimmten Stellen (insbesondere Abnahmebescheinigungen des VdS und TÜV) aller seiner Leistungen und Anlagen, die einer solchen Abnahme bedürfen, in analoger und digitaler Form übergeben. Die Unterlagen müssen von einer Qualität sein, die dem AG die Beurteilung erlaubt, dass es sich bei etwa noch bestehenden Mängeln oder notwendigen Restarbeiten um keine Umstände handelt, die der uneingeschränkten Nutzung und Inbetriebnahme der Leistung entgegenstehen.

11.4 Sofern im Vertrag und seinen Anlagen nicht abweichend geregelt, sind Teilabnahmen im Übrigen ausgeschlossen.

12 Mängelhaftung

12.1 Die Vertragsparteien schließen das Rücktrittsrecht aus; statt des Rücktritts gelten die Kündigungsregeln gemäß Ziff. 13 dieser ZVB sowie die VOB/B.

12.2 Der AN ist auch schon vor der Abnahme verpflichtet, festgestellte Mängel unverzüglich, spätestens binnen einer ihm von dem AG gesetzten, angemessenen Frist zu beseitigen. Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist nach, so ist der AG auch schon vor der Abnahme zu einer Selbstvornahme berechtigt, auch ohne dass es einer entsprechenden Kündigung oder Teilkündigung des betroffenen Leistungsteils bzw. der Leistung insgesamt bedarf.

12.3 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt, soweit nichts anderes festgelegt ist, 5 Jahre. Für Abdichtungsarbeiten gegen drückendes und nicht drückendes Wasser sowie Dachdeckungs- und Dacheindichtungsarbeiten beträgt die Frist 10 Jahre; im Fall der Dacharbeiten jedoch nur, wenn der AG den AN mit der Wartung beauftragt oder eigenständig für eine ordnungsgemäße Wartung sorgt.

12.4 Der AG kann verlangen, dass vor Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche eine gemeinsame Besichtigung der Leistung stattfindet und die dabei festgestellten Mängel in einem von beiden Vertragsteilen zu unterzeichnendem Protokoll niedergelegt werden.

13 Kündigung

Ein wichtiger Kündigungsgrund für den AG liegt insbesondere vor, wenn (a) das Bauvorhaben ganz oder teilweise, gleich aus welchem Grund, nicht durch- oder weitergeführt wird; (b) der AN einen erheblichen Mangel, der den Vertragszweck gefährdet, nicht innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist beseitigt.

14 Haftung / Gefahrtragung / Versicherung

14.1 Bis zur Abnahme obliegt dem AN bezüglich seines Leistungsbereichs die Verkehrssicherungspflicht unter Freistellung des AG. Der AN hat während der Durchführung der Baumaßnahme in seinem Leistungsbereich insbesondere für die Einhaltung aller Sicherheitsbestimmungen sowie für die Einhaltung sämtlicher Schutz- und Sicherungsmaßnahmen nach den Unfallverhütungsvorschriften und der Baustellenverordnung zu sorgen.

14.2 Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen ohne gesonderte Vergütung so zu erbringen, dass alle geltenden Vorschriften zur Unfallverhütung eingehalten und Unfälle vorausschauend vermieden werden. Wenn es gleichwohl zu Unfällen kommt, informiert der AN den AG unverzüglich über die wesentlichen Daten des Unfalls (genauer Ort, genaue Zeit, Beteiligte, Sach- und Personenschäden, Hergang).

14.3 Die Gefahrtragung richtet sich nach § 644 BGB.

14.4 Der AN hat während der gesamten Vertragslaufzeit einschließlich der Gewährleistungszeit eine Betriebshaftpflichtversicherung zu unterhalten. Der AN legt dem AG einen Versicherungsnachweis spätestens zwei Wochen nach Zuschlagserteilung sowie auf gesondertes Verlangen vor. Der AN ist verpflichtet, dem AG Änderungen des Versicherungsschutzes unverzüglich mitzuteilen. Die Mindestversicherungssumme beträgt EUR 2 Mio. für Personen- und Sachschäden. Weist der AN keinen ausreichenden Deckungsschutz nach, stellt dies einen wichtigen Grund zur Kündigung dar.

15 Tariftreue / ILO-Kernarbeitsnormen / Illegale Beschäftigung

15.1 Der AN ist verpflichtet, seinen Beschäftigten bei der Ausführung dieser Leistungen ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den der AN auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist. Satz 1 gilt entsprechend für die Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte. Der AN ist weiter verpflichtet, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung einen Mindestlohn nach § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung, zu zahlen. Im Fall der Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes hat der AN dafür zu sorgen, dass die Verleiher den Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewähren wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Entleihers.

15.2 Es dürfen keine Waren eingesetzt werden, die unter Missachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.

15.3 Der AN ist verpflichtet, dem AG die Einhaltung der Verpflichtungen nach Ziffer 15.1 auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen. Der AN ist verpflichtet, diese Verpflichtung an seine Nachunternehmer und Verleihunternehmen weiterzugeben und diese ebenfalls entsprechend zu verpflichten. Der AG darf Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen, nehmen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden, um die Einhaltung der Verpflichtungen nach Ziffer 15.1 zu überprüfen, die sich auf die Beschäftigten beziehen. Der AN hat vollständige und prüffähige Unterlagen gemäß Satz 2 über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten und auf Verlangen des AG diesem vorzulegen. Der AN hat seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der AN verpflichtet und informiert Nachunternehmer und Verleihunternehmen entsprechend.

15.4 Für jeden schuldhaften Verstoß gegen seine Pflichten gemäß Ziffer 15.1 bis 15.3 oder 16 verwirkt der AN eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 Prozent des Auftragswertes (Nettoschlussrechnungssumme). Bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 5 Prozent des Auftragswertes (Nettoschlussrechnungssumme) nicht überschreiten. Der AN ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß schuldhaft durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und der AN den Verstoß kannte oder kennen musste. Ist die verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so ist sie vom AG auf Antrag des AN auf einen angemessenen Betrag herabzusetzen.

15.5 Verletzt der AN schuldhaft und nicht nur unerheblich eine Pflicht gemäß Ziffer 15 oder 16, berechtigt dies den AG zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Entsprechendes gilt, wenn der schuldhafte und nicht nur unerhebliche Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wurde, und der AN den Verstoß kannte oder kennen musste.

16 Nachunternehmereinsatz

16.1 Der Einsatz von Nachunternehmern (NU) richtet sich grundsätzlich nach § 4 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B mit der Maßgabe, dass der AN dem AG die beabsichtigte Einschaltung

eines NU spätestens 14 Werktage vor NU-Vergabe anzuzeigen und die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen hat. Die Verpflichtungen des AN gemäß Ziffer 15 bleiben unberührt. Die Formblätter 6-030, 6-100 und 6-101 der VV-Bau sind stets zu beachten.

16.2 Nach Zuschlagserteilung bedarf die Einschaltung oder der Wechsel eines nicht im Vergabeverfahren benannten Nachunternehmens der Zustimmung des AG. Für die Einschaltung und den Wechsel eines Verleihunternehmens gilt Satz 1 entsprechend.

16.2 Soweit der AN hinsichtlich des ihm übertragenen Leistungsbereichs NU beauftragt hat, tritt er bereits jetzt seine Erfüllungs- und Mängelhaftungsansprüche gegen die NU sicherheitshalber an den AG ab, der die Abtretung annimmt. Die Abtretung umfasst auch künftige Sicherheiten. Die Ansprüche des AG gegen den AN werden durch die Abtretung nicht berührt. Allerdings bleibt der AN berechtigt, seine Erfüllungs- und Mängelhaftungsansprüche gegenüber den NU im eigenen Namen geltend zu machen, soweit er seinen entsprechenden Verpflichtungen gegenüber dem AG nachkommt.

17 Medienlieferung und Abfallbeseitigung

17.1 Soweit der AG dem AN Baustrom und Bauwasser an einem zentralen Übergabepunkt zur Verfügung stellt, erfolgt dies kostenfrei.

17.2 Der AN ist täglich zur Beseitigung seines Bauschutts und seiner Abfälle verpflichtet. Kommt er dieser Verpflichtung trotz Fristsetzung nicht nach, kann der AG den Bauschutt bzw. die Abfälle auf Kosten des AN beseitigen lassen. Der AN übergibt dem AG die erforderlichen Entsorgungsnachweise gem. KrWG und NachwV.

18 Abtretung / Aufrechnung

Die Abtretung von Vergütungs- und sonstigen Ansprüchen des AN gegenüber dem AG ist nur mit schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Soweit wechselseitige Forderungen nicht im Gegenseitigkeitsverhältnis (im Sinne der §§ 320 ff. BGB) stehen, kann der AN gegen Ansprüche des AG nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegenüber dem AG aufrechnen.

- Ende der ZVB -